

# DIE LINKE.

## im Erzgebirgskreis

SOZIALISTISCHES INFO-BLATT

Juli 2022

Nummer 172

### Sieger und Verlierer?



Der Erfurter Parteitag ist Geschichte. Ist er das wirklich? Natürlich nur, wenn ich davon ausgehe, dass der Bundesparteitag vorbei ist und Entscheidungen getroffen hat: Es wurde ein neuer Vorstand gewählt. Statt 44 Vorstandsplätze gibt es nur noch 26 Mitglieder. Gut so, finde ich, denn die große Zahl an Vorstandsmitgliedern ist noch aus der Zeit der Gründung der LINKEN vor 15 Jahren gewesen und heute überhaupt nicht mehr zeitgemäß. Wie immer, wenn es um Wahlen geht und es mehr als eine Bewerbung gibt, dann gibt es „Sieger“ und „Verlierer“. Aber ist das so? Ich finde, es ist immer Ausdruck von demokratischer Teilhabe, wenn es mehrere Bewerber\*innen gibt. Damit können die Parteitagsdelegierten entscheiden. Sie entscheiden dann aus unterschiedlichen Gründen: Politische. Atmosphärische. Aus Überzeugung. Wegen des Auftretes des Kandidierenden oder wegen ganz bestimmter Aussagen. Nun gibt es an der Spitze Kontinuität und Erneuerung. Kann gut gehen, wenn wir den Gewählten die Möglichkeit geben, jetzt ihre Vorschläge vorzustellen und mit uns umzusetzen. Sieger und Verlierer sehe ich nicht. Der Parteitag hat auch politische Debatten geführt. Kontrovers. Emotional. Wie bei so manchen Bundesparteitagen, an denen ich teilnehmen konnte. Das ist nichts

Neues, auch nichts Schlimmes. Weil genau diese Debatten sollen auf so einem Parteitag geführt werden und dann wird entschieden. Damit beginnen dann wiederum die Probleme, denn auch hier wollen dann einige „Sieger“ sein und manche fühlen sich als „Verlierer“. Beides halte ich für falsch. Mehrheiten entscheiden – das gehört nun mal in eine Demokratie. Ich muss diese Mehrheitsentscheidungen nicht begrüßen, aber ich sollte insbesondere wegen der Außenwirkung einer Partei die Entscheidung respektieren. Das erwarte ich tatsächlich von allen.

Mein Eindruck auf dem Parteitag war, dass es eine Mehrheit gibt, die klare Position beziehen und gleichzeitig an Lösungen arbeiten möchte, wie diese Positionen im Jetzt und Hier umgesetzt werden können. Beschriebenes Papier ist geduldig und für Parteien sowie für ihr Selbstverständnis auch wichtig und notwendig. Wer aber politisch mitgestalten will, sucht Möglichkeiten etwas zu verändern. Einige werden auch das Zitat von Marx in Erinnerung haben: „Gewalt, allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift.“

Also die schönsten Beschlüsse auf Parteitagen machen keinen Sinn, wenn wir nicht den Menschen davon mit einer Position erzählen, was wir wollen. Neben dem Beschluss zu unserem Verhältnis zum Thema Krieg und Frieden im Angesicht der aktuellen Ereignisse in der Ukraine, haben wir auch über den sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft und unsere Vorschläge dazu diskutiert und beschlossen. Beide Beschlüsse werden auf der Homepage der Bundespartei in den nächsten Tagen veröffentlicht und können dort nachgelesen werden.

Lasst uns auch in unserem Kreisverband darüber reden. Ich komme, wenn es zeitlich passt, gerne bei Euch vorbei zum Reden und Diskutieren.

Rico Gebhardt



## **Gedanken, die mich bewegen**

Wie immer habe ich unsere Kreiszeitung sehr gründlich gelesen, u.a. die Ausführungen unserer Bundestagsabgeordneten Clara Bünger auf den Landesparteitag im Mai 2022. Konkret wird sie in Fragen Aufrüstung und Flüchtlingsbewegung. Mich „stört“, dass überwiegend von Flüchtlingen aus der Ukraine gesprochen wird. Die vielen Kriegsherde und Hungersnöte in unserer Welt zwingen viele Menschen, ihre Heimat zu verlassen und wir als LINKE sollten für eine Gleichbehandlung aller Flüchtlinge eintreten.

Auch sollten wir das Ohr an der „Masse“ haben. Mich, und ich weiß aus vielen Gesprächen mit Bürgern treibt um:

- Die steigende Inflation die zur Folge hat das immer mehr Menschen zur Tafel gehen müsse und das Angebot dort immer geringer wird. Pendler, Transportbetriebe und Andere wissen aufgrund der steigenden Energie- und Spritpreise wie sie ihren Job erfüllen sollen.
- Fehlende Hausärzte, vor allem im ländlichen Raum. Ende des Jahres schließt wieder ein Ärzteehepaar in Annaberg-Buchholz die Praxis. Die Sorge um einen Ersatz ist groß.
- Es wird immer betont das die Rentenkasse leer ist. Dies ist einfach zu beheben wenn ALLE einzahlen. Sozial ungerecht sind auch die prozentualen Rentenangleichungen. Niedrige Rente – niedrige Erhöhung! Auch die Freude über Erhöhungen hält sich in Grenzen, denn der Fiskus hält den Steuerbeutel bereit.

Die Schere zwischen Arm und Reich wird immer größer!

Den Vorschlag einer Übergewinnsteuer unterstützen sicher viele Menschen.

Viele dieser Gedanken hat Rico in seinen Beitrag angesprochen. Er ist echt bodenständig.

Mit Interesse habe ich auch den Artikel der Genossin Schaper in der „Freien Presse“ vom 22.06.22 gelesen. Viele dieser Probleme spricht sie an.

Das sollten wir als LINKE öfter, sehr deutlich und auch im Bund tun – und es nicht Anderen überlassen. Dann bekommt die LINKE bei den Menschen ein Gesicht. Jeder der linkes Gedankengut hat ist angesprochen sich zu beteiligen. ICH BIN DABEI!

Den Bundesparteitag verfolge ich und bin zuversichtlich, das endlich die Themen in den Mittelpunkt gestellt werden, die die Menschen bewegen.

Marie-Luise Lorenz

Örtlicher Verband Annaberg-Buchholz und Umgebung

Im Netz und für interessant gefunden

Die Eltern von heute tun mir irgendwie ein bisschen leid.

Sie müssen nicht bloß in der Lage sein, die Sache mit den Bienen und Blumen zu erklären, sondern auch mit Bienen und Bienen;

mit Blumen und Blumen; mit Blumen, die früher Bienen waren;

Bienen, die früher Blumen waren; mit Bienen, die wie Blumen aussehen,

mit Bienen, die wie Blumen aussehen und trotzdem einen Stachel haben;

dass es nicht bloß bunte Blumen, sondern auch bunte Bienen gibt

und manchmal auch Blum\*innen.

## Mobiles Beratungs- und Hilfsangebot bei häuslicher Gewalt im Erzgebirge

„Information zum Interessensbekundungsverfahren zur Etablierung einer eigenständigen Interventions- und Koordinierungsstelle zur Beratung und Hilfe bei häuslicher Gewalt im Erzgebirgskreis“, lautete der Tagesordnungspunkt Nr. 3 der Sitzung des Ausschusses für Familie, Bildung, Gesundheit und Soziales am 15.06.2022. Dazu gab es weder eine Informationsvorlage in Vorbereitung der Sitzung noch wurde eine Präsentation zur Sitzung verwendet.



Am 14.06.2022 erschien das Amtsblatt des Erzgebirgskreises Nr. 29/2022. In diesem wurde die Ausschreibung zum benannten Interessensbekundungsverfahren veröffentlicht. Nur wer als Kreisrat oder Kreisrätin das Amtsblatt gelesen hatte, wusste um das Anliegen des Tagesordnungspunktes.

Natürlich hätte man nachfragen können, für mich war ein anderer Zusammenhang nachfragenswert. In der besagten Ausschreibung ist zu lesen: „Die bisher geforderte regelmäßige Anbindung an eine Frauen- und Kinderschutzeinrichtung findet keine Anwendung mehr.“ (Amtsblatt des Erzgebirgskreises, 29/2022, 14.06.22, S.5)

Sollte dies bedeuten, dass Schutzwohnungen und Schutzhäuser aktuell nicht mehr als zielführend zu erachten sind?

In der Antwort von Herrn Abteilungsleiter Reißmann wurde deutlich, dass der Landkreis die beiden

Schutzwohnungen im Landkreis weiterbetreibt und dass es bezüglich des von uns seit langer Zeit geforderten Frauenschutzhauses weiterhin die Zusammenarbeit mit Chemnitz angestrebt wird (Herr Reißmann begründete das damit, dass viele Betroffene eine räumliche Trennung bevorzugen und um sich sicherer zu fühlen außerhalb des Landkreises untergebracht sein wollen. Allerdings sollten wir dann auch Betroffenen aus Chemnitz oder anderen Landkreisen die Möglichkeit geben, bei uns Unterkunft und Sicherheit zu finden und deshalb brauchen wir nach wie vor ein Frauenschutzhause.)

Viel Hoffnung wird in die besagte Interventions- und Koordinierungsstelle gesetzt. Diese soll sowohl stationär als auch mobile Hilfe anbieten und wird nicht an eine Frauenschutzeinrichtung gekoppelt sein. Der Landkreis wäre dann der 5. in Sachsen, welcher eine derartige Stelle ausschreibt, die ab 01.01.2023 über einen Freien Träger betrieben werden wird.

Alle Maßnahmen werden aber nur dann sinnvoll sein, wenn von Gewalt betroffene Mitmenschen den Mut haben, Kontakt aufzunehmen und sich helfen zu lassen.

Physische und psychische Gewalt müssen gleichermaßen ernst genommen und behandelt werden.

Die Gesellschaft darf es nicht als Bagatelle abtun wenn Gewalt ausgeübt wird.

Letztlich bleibt für mich eine Frage offen, überall wird von den spezifischen Anforderungen des ländlichen Raumes gesprochen, aber mit dieser Maßnahme (welche durch den Freistaat Sachsen gefördert wird, der Landkreis hat 10% abzusichern) wird eine Planstelle geschaffen: Wie soll das bestmöglich funktionieren, in einem ländlichen Flächenkreis wie unserem Erzgebirgskreis?

Kathleen Noack

## Bunt und konsequent - aber nicht schrill



Für den 11. Juni 2022 hatten junge Leute den Mut in Stollberg einen Christopher-Street-Day zu organisieren. Was würde das werden, haben wohl einige Organisatoren und Organisatorinnen gedacht? Bestes Wetter und die tolle verkehrsmäßige Anbindung von Stollberg – aber insbesondere viele junge engagierte Jugendliche von Grünen, SPD, Die Partei und unsere Linken Jugendlichen - sollten alle Hoffnungen auf eine gelungene Veranstaltung weit übertreffen.

Wir LINKEN haben finanziell und personell den Demozug und die abschließende Kundgebung unterstützt. Besonders unseren Lucas als Organisationschef und Leon, der viele eingeladen hat und ständig im Demozug unterwegs war, will ich hier hervorheben.

Der Grundkonsens war:

Die Rechte von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans\*, intergeschlechtlichen, queeren und asexuellen Personen (LSBTIQA\*) sind für uns nicht verhandelbar. Wir wollen, dass LSBTIQA\* als selbstverständlicher Teil der gesellschaftlichen Realität gesehen und anerkannt werden. Deshalb fordern wir Sichtbarkeit und Gleichstellung in allen Lebensbereichen. Armut und Ausgrenzung von queeren Menschen wollen wir beseitigen. Homo- und Transfeindlichkeit bekämpfen wir. Noch bestehende Diskriminierungen wollen wir abbauen. Die Redner und Rednerinnen zur Abschlusskundgebung berichteten sehr emotional von ihren Erfahrungen. Ja, die Berichte machten nachdenklich, betroffen aber auch aufrüttelnd.

Die bunte Truppe mit vielen Regenbogenfarben verließ nach 18:00 Uhr planmäßig den Schillerplatz in Richtung Bahnhof oder in den Stollberger Pionierpark zum städtisch organisierten Rockkonzert. Die Autorin hatte versprochen, dann den Platz noch etwas zu kontrollieren, damit es keine Beschwerden gibt. Zwei leere Trinkflaschen und 3 kleine Fähnchen – mehr nicht. Danke an die Organisatoren und Organisatorinnen und die über 300 friedlich Teilnehmenden.  
Barbara Drechsel

### Rechtzeitige Vorsorge

Die Regierung weist darauf hin, dass für alle Mieter die Energiekosten so hoch steigen, dass Heizen mit Banknoten wesentlich günstiger kommt. Es wird daher empfohlen, in den Sommermonaten weniger zu essen und zu trinken, um in den Wintermonaten dann genügend Heizmaterial zur Verfügung zu haben.

## Ängste unserer Jugend

Am 24. Juni war ich anlässlich unseres Schulfestes zu einer Vernissage ins Rathaus eingeladen. Gezeigt wurden künstlerische Arbeiten aus allen Klassenstufen. Ein Teil der Bilder beschäftigte mich doch sehr. Es waren Motive, angelehnt an das Bild „Der Schrei“ von Edvard Munch. Jeder der einzelnen Schüler und Schülerinnen legte in wenigen Worten seine / ihre Gedanken dar. Es war die Angst vor den Umweltzerstörungen, vor Verluste der Arbeit, vor Abstürze im persönlichen Leben. Alles begreifbare Dinge.

In einem wissenschaftlichen Zeitungsartikel las ich vor einigen Tagen, dass schon in den 60-er Jahren Klimawissenschaftler aus Frankreich darauf hingewiesen haben, dass die horrende Verschwendung der Ressourcen, hervorgerufen durch die Industrieländer des Nordens, zu einer Katastrophe führen würden. In diesem Jahr sind im Februar und im April der Weltklimaberichte und der Ressourcenbericht veröffentlicht worden.

Im Weltklimabericht vom 04. April 2022, ist zu lesen: Je weiter die Zeit voranschreitet und je weniger Stellschrauben für eine nachhaltige Erwärmung gedreht werden, desto weniger kann sich das Klima erholen. Im jetzt veröffentlichten zweiten Teil des 6. Weltklimaberichts wird erneut klar: Der Klimawandel ist kein Problem des globalen Südens. Auch Europa wird er hart treffen. Zwar ist unser Heimatkontinent mit seiner geballten finanziellen Kraft in der Lage, den Folgen der Klimakrise zu begegnen – fest steht aber auch: Europa erwärmt sich schneller als der globale Durchschnitt. Vier Risiken stehen dabei im Vordergrund: Die Auswirkungen der Hitze auf Menschen und andere Tiere, die Auswirkungen auf Lebensmittelpflanzen, Wasserknappheit sowie Überschwemmung und Meeresspiegelanstieg. Nicht anders sieht es aus bei dem Verbrauch der natürlichen Ressourcen, also alle Rohstoffe, welche uns die Erde bietet. Im Umweltschutzbericht vom 4. Mai 2022 heißt es: Ab 4. Mai leben die Deutschen auf Pump, denn: Schon jetzt haben wir die Menge an Ressourcen verbraucht, die uns ökologisch gesehen für das ganze Jahr zur Verfügung steht. Seit Jahren rutscht dieser Tag immer weiter vor. Wäre die ganze Welt so verschwenderisch wie Deutschland, hätten wir heute, am 4. Mai, bereits den Erdüberlastungstag. Denn die Bundesrepublik hat bereits so viele Ressourcen verbraucht, wie sie einem Land ihrer Größe für ein Jahr zustehen. Dies geht aus einer Berechnung des Global Footprint Network hervor. Wir würden den Berechnungen zufolge jährlich im Schnitt 3,0 Erden verbrauchen. Damit zählen die Deutschen zusammen mit Nationen wie USA (5,1), Australien (4,5) und Russland (3,4) zu den besonders verschwenderischen Nationen.

Unter diesen Voraussetzungen kann man die Ängste der Jugend gut verstehen. Mitglieder von Umweltverbänden und von Faraday for Future kritisieren schon lange die Umweltpolitik der Regierungen der letzten Jahrzehnte. Sie kritisieren seit Jahren, dass andere den Preis für unsere verschwenderische Lebensweise zahlen müssen. „Deutschland lebt ab heute auf Pump und verschwendet die Lebensgrundlagen aller Länder und zukünftiger Generationen. Das ist zutiefst ungerecht und geht auf Kosten der Menschen im globalen Süden“, so Olaf Bandt, Vorsitzender des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). „Der frühe deutsche Erdüberlastungstag ist ein Alarmsignal und Armutszeugnis für die verfehlte Umwelt- und Naturschutzpolitik der vergangenen Jahre.“

Sieht man sich die gegenwärtige durch die gegen Russland gerichtete Embargopolitik hervorgerufene Entwicklung der Preise an, bekommt man das blanke Grausen. An allen Ecken und Enden soll die Bevölkerung sparen. Wie sagte doch unser Ex-Präsident Gauck, man kann auch einmal für die Demokratie und Freiheit frieren. Das ist eine Frechheit. Man kann sich die Angst vor persönlichen Abstürzen vorstellen. Treffen wird es diejenigen, welche am unteren Ende der Einkommenskala stehen: Mini-Jober; Allein - Verdiener, Rentner u.a. Gut betuchte werden sich über die gestiegenen Preise keinen Kopf machen. Ich will doch hoffen, dass sich unsere Partei DIE LINKE stärker und offensiver für dieses Klientel einsetzt als bisher.

H. Schönherr

Quellen: Welt-Klima-Bericht und National Footprint and Biocapacity Accounts 2022



## Der 1. Wahlgang zur Landratswahl und das danach



**Vielen Dank für Ihre Stimmen!**  
**DIE LINKE.**

**Thomas Weikert**  
97,8 % in Lugau

**Frank Dittrich**  
22,1 % in Löbnitz

**Holger Zimmer**  
5,5 % Erzgebirgskreis

Am 12.06.2022 war es endlich soweit. Der 1. Wahlgang zur Landratswahl im Erzgebirge hat stattgefunden. Für uns als Linke war das Ergebnis mit 5,5 Prozent sehr ernüchternd. Ursachen dafür gibt es viele. Diese ziehen sich durch alle Ebenen der Partei. Auch hier im Kreis werden wir den Wahlausgang sehr kritisch betrachten müssen und Konsequenzen in unserer Arbeit ziehen. Ein „weiter so“ darf es auch bei uns nicht geben. Auch wenn das Wahlergebnis schlecht ist, möchte ich mich bei allen die mich aktiv im Wahlkampf unterstützt haben, bedanken. Ohne die fleißigen Helfer wäre so manches nicht möglich gewesen. Ganz persönlich war der Wahlkampf für mich eine Herausforderung. Insgesamt 8 Wahlforen, wo die Kandidaten aufeinander getroffen sind, haben stattgefunden. An 7 Wahlforen habe ich teilgenommen und es war jedes Wahlforum anders, aber immer spannend und eine neue Erfahrung. Der Umgang der Kandidaten miteinander war stets fair und frei von persönlichen Angriffen. Insofern hat der Wahlkampf auch Spaß gemacht. Deshalb Danke an alle die geholfen haben. Das es mit einem Ergebnis von 5,5 Prozent nicht richtig ist, noch einmal im 2. Wahlgang anzutreten, ist, denke ich, klar. Ich hatte mir zumindest ein zweistelliges Ergebnis erhofft und dann wäre es auch keine Frage gewesen noch einmal anzutreten. Was ist aber nach dem 1. Wahlgang noch alles passiert? Der Kandidat der Freien Sachsen hat ein Angebot an die Freien Wähler und die AfD unterbreitet gemeinsam weiter zu machen. Dieses Angebot wurde sehr schnell von Prof. Dr. Weber zurück gewiesen. Herr Gahler folgte dann Tage später. Die Grünen haben sich zu folgender Äußerung zum Kandidaten der Freien Wähler hinreißen lassen: „..... Hierbei sind sein Engagement beim Ausbau erneuerbarer Energien, seine Forderungen zur Walderhaltung sowie sein Gestaltungswille bei der Verkehrsinfrastruktur hervorzuheben. In diesen Bereichen ergeben sich viele Schnittmengen

zwischen den Positionen des Kandidaten und unserer Partei. Auch die schnelle Absage einer Zusammenarbeit mit den rechtsextremen Parteien haben wir wohlwollend vernommen.“ Dabei hat es noch vor dem 1. Wahlgang von den Grünen geheißt: „Im Rahmen der Diskussion mit unseren Mitgliedern mussten wir als Kreisverband leider feststellen, dass keiner der Kandidierenden für eine glaubwürdige, progressive Politik im Sinne unserer grünen Werte steht.“ oder „Wir finden es insbesondere besorgniserregend, dass keiner der befragten Landratskandidaten eine Zusammenarbeit mit rechtsextremen Parteien ausschloss.“ An den inhaltlichen Positionen von Prof. Dr. Weber hat sich aber zwischen dem ersten und dem zweiten Statement der Grünen nichts geändert. Er hat sich auch schon immer klar gegen rechts positioniert. Manchmal frage ich mich, ob die Grünen noch wissen, was sie da manchmal alles so schreiben.

Den Höhepunkt hat aber die SPD geliefert. Seit Beginn des Wahlkampfes Anfang April wurde die Kandidatin Simone Lang nicht müde, überall zu erklären, dass es im Erzgebirgskreis zu einem Politikwechsel kommen muss. Kaum ist der 1. Wahlgang vorbei, unterstützt die SPD zusammen mit dem Kandidaten der FDP den CDU Kandidaten Rico Anton, der ja nun wirklich den gesamten Wahlkampf über verkündet hat, dass es nur mit ihm ein kontinuierliches „weiter so“ geben wird. Dabei werden sogar gemeinsame Infostände, wie z.B. in Schwarzenberg, durchgeführt. Aus meiner Sicht ist das Wählertäuschung, denn die Menschen, welche die SPD gewählt haben, wollten einen Wechsel an der Spitze des Landkreises und nicht ein „weiter so“.

Der Kreisvorstand hat in seiner Beratung nach dem 1. Wahlgang meine Entscheidung nicht wieder anzutreten akzeptiert und gleichzeitig keine Wahlempfehlung ausgesprochen, was auch vernünftig war. Keiner der Kandidaten vertritt unsere Werte, am ehesten noch die SPD, aber ihr ist die Nähe zur CDU ja wichtiger.

Bei einem Treffen aller Kandidaten (außer AfD und Freie Sachsen) nach dem 1. Wahlgang, wurde vereinbart, dass auf der Kreisebene die Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen verbessert wird. Warten wir ab, was kommt und hoffen das Beste.

Glück Auf

Holger Zimmer

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Erzgebirge  
Vi.S.d.P.: Wolfram Dittmann  
Spenden für DIE LINKE. Erzgebirge oder für die Zeitung  
"DIE LINKE im Erzgebirgskreis"  
(Spendenempfehlung 10 Euro Jahresbeitrag)  
Konto: DIE LINKE, Erzgebirge  
IBAN: DE 56 870 54 000 33 29 000 456  
Sitz des Kreisvorstandes:  
Wettinerstraße 2 in 08280 Aue  
Tel: 03771 / 2 22 19  
Internet: www.dielinke-erzgebirge.de  
Meinungen und Post an uns unter  
redaktion.erzgebirge@dielinke-sachsen.de  
Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen. Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.  
Redaktionsschluss der kommenden Ausgabe ist der 24. Juli 2022

Susanne Schaper, Stefan Hartmann  
Landesvorsitzende DIE LINKE. Sachsen

## Gedanken zur Auswertung des Erfurter Bundesparteitages

### 1. Voraussetzungen

Die politischen Rahmenbedingungen, unter denen der Bundesparteitag stattgefunden hat, waren sowohl gesellschaftlich als auch für unsere Partei dramatisch (und sie sind es noch). Der Krieg in der Ukraine, die erhebliche Inflation nicht nur im Energiebereich, sondern für nahezu alle lebensnotwendigen Produkte, die potentiellen Auswirkungen auf die Wirtschaft und den Handel, die gigantische Steigerung der Rüstungsausgaben und die finanziellen Folgen für die staatlichen Möglichkeiten, soziale Stabilisierung, sozial-ökologischen Strukturwandel und infrastrukturelle Maßnahmen zu bezahlen, die Neuordnung der internationalen Beziehungen und die damit verbundene veränderte deutsche Außenpolitik, die lebensbedrohlichen Folgen des Krieges und der Sanktionen für Millionen Menschen im globalen Süden sind die wesentlichen Markierungen für die gesellschaftspolitischen Herausforderungen für uns LINKE. In dieser Situation ist unsere Partei so schwach wie lange nicht. Eine lange Reihe von schlechten bis sehr schlechten Wahlergebnissen auf allen Ebenen wird nur durch wenige Lichtblicke in Kommunen und sehr wenigen Ländern unterbrochen. Die öffentlich diskutierte strategische Orientierung unserer Partei wird als umstritten und defizitär wahrgenommen, die Auseinandersetzungen dazu sind in hohem Maße personalisiert und damit nur schwer vernünftig zu führen. Die Reaktion der Bundespartei auf die schwere Wahniederlage bei den Bundestagswahlen ist inhaltlich und strategisch sehr übersichtlich - wenigstens praktisch gesehen. Der Großteil der Angebote von Bundesebene, die schlechte elektorale Wirklichkeit zu verändern, bezieht sich auf methodische Angebote: Die politische Substanz der LINKEN besteht jedoch seit jeher darin, eine den gesellschaftspolitischen Herausforderungen entsprechende Analyse mit konkreten, an der unmittelbaren Lebenswirklichkeit orientierten politischen Schlussfolgerungen zu verbinden - also auf programmatischer und konzeptueller Ebene zu arbeiten. Die Differenzen dazu in der engeren Parteiführung wurden zumindest in der Rücktrittserklärung von Susanne Hennig-Wellsow klar benannt. Für ihr freiwilliges Ausscheiden aus dem Amt war die Auseinandersetzung mit #linkemetoo nur der letzte Auslöser - auch hier hatte die engere Parteiführung erkennbare und wesentliche Differenzen. Im Vorfeld des Parteitages wurde deutlich, dass eine eindeutige und konsequente Reaktion der ganzen Partei darauf nicht selbstverständlich ist, sondern Gegenstand politischer und personalpolitischer Auseinandersetzungen. Das sind die ungünstigsten Voraussetzungen für einen souveränen und klugen Umgang mit diesem sensiblen Thema.

### 2. Die Aufgaben des Parteitages

Entsprechend der außerordentlich komplexen Voraussetzungen wurden dem Parteitag die folgenden Hauptaufgaben gestellt:

- a) Klärung der Positionen der Partei zum sozial-ökologischen Umbau und zur Friedenspolitik
- b) Beschlussfassung zu organisatorischen Aspekten der Parteiarbeit und zur weiteren programmatischen Selbstverständigung
- c) Wahl eines neuen Vorstandes und dessen Verkleinerung
- d) Satzungsänderungen, insbesondere im Bereich einer praktischen Reaktion, u.a. auf die #linkemetoo-Herausforderung
- e) Weitere Anträge mit gesellschaftspolitischer und parteirelevanter Bedeutung

Für den Bereich a) wurde der Leitantrag 01 des Vorstandes beschlossen, die Debatte dazu verlief im Vorfeld und auf dem Bundesparteitag im Rahmen des Parteitüblichen. Im Gegensatz dazu war die Vorfeld- und die Parteitagsdebatte zum „Friedensantrag“ in erwartbarer Weise polarisiert und zugespitzt. An markanten Stellen wurde deutlich, dass die Position der Vorstandsvorlage nur deshalb nicht geändert wurde, weil die Differenzen dazu sehr gegensätzlich sind. Deutlich wird dies dann, wenn Änderungsvorschläge in die eine Richtung über 40% der Delegierten überzeugen, in die genau entgegengesetzte Richtung über 30% und daher eine Veränderung nicht stattfindet.

Aus demokratischen Aspekten ist das unproblematisch - Mehrheiten sind Mehrheiten. Allerdings sind die politischen Probleme dieses Zustandes tiefgreifend. Auch wenn letztendlich Mehrheiten zur Verhinderung von aus jeweiliger Sicht verschlechternden Änderungen legitim sind, ist jedoch die politische Überzeugungskraft der letztlich beschlossenen Positionen bestenfalls für eine relative Mehrheit gegeben. Damit stehen Debatte und Beschlüsse zum Thema Frieden in der unbefriedigenden Tradition des letzten Jahrzehnts, in der sich die von Vorständen vorgeschlagene politische Positionierung bestenfalls als kleinster gemeinsamer Nenner beschreiben lässt. Die Aufgabe der politischen Klärung wurde durch Beschluss der Leitanträge 01 und 03 erfüllt. Der Bereich b) der vor allem durch Leitantrag 02 und zahlreiche Änderungsanträge beschrieben ist, wurde nur formal behandelt, indem an Gremien überwiesen wurde. Der Parteitag war aus Zeitgründen nicht in der Lage, das Thema zu behandeln. Das bedauern wir, weil wir uns auch als sächsischer Landesverband dafür ausgesprochen hatten, über die Parteireform nun endlich nicht nur zu reden, sondern sie gemeinsam anzupacken.

- c) Die Satzungsänderung zur Verkleinerung des Vorstandes wurde beschlossen, ein Vorstand wurde gewählt. Für fast alle zu wählenden Positionen gab es ein deutlich größeres Personalangebot - ein gutes Zeichen. Hinsichtlich der Wahlergebnisse gab es nur wenige wirkliche Überraschungen. Die Aufgaben des neuen Vorstandes sollten sich auf eine Erneuerung seiner Arbeitsweise auswirken.
- d) Die Mehrzahl der Satzungsänderungen wurden beschlossen. Leider wurde die in Reaktion auf die #linkemetoo-Debatte durch den Vorstand vorgeschlagene und durch Übernahme von Vorschlägen aus Gliederungen der Partei verbesserten Satzungsänderungen nicht angenommen, eine organisationspolitische Reaktion der LINKEN in diesem Bereich steht also noch aus.



e) nur sehr wenige weitere Anträge kamen über den Aspekt der formalen Behandlung durch Überweisung hinaus. Allerdings ist mit der intensiven Debatte und letztlich Beschlussfassung des Antrages P13 „Den Grundkonsens erneuern. Für eine feministische LINKE“ eine klare politische Reaktion auf die #linkemetoo-Debatte geleistet worden, ein sehr wichtiges Zeichen. Insgesamt kann also festgestellt werden, dass mehrere Aufgaben des Bundesparteitages erledigt wurden. Insgesamt war der Bundesparteitag überfordert, in der für Debatten und Beschlüsse durch die Organisation - also den vorherigen Parteivorstand - zur Verfügung gestellten Zeit alle Aufgaben zu erfüllen. Insbesondere der Wegfall von Beschlüssen zum Parteaufbau und zur programmatischen Selbstverständigung in Leitantrag 2 muss nunmehr zügig durch die gewählten Gremien kompensiert werden. Das kann nicht auf den Bundesparteitag 2023 verschoben werden - ansonsten bliebe alles, wie es ist.

### 3. Debatten auf dem Bundesparteitag

Die polarisierte Debattenlage im Friedensbereich entsprach der Antragslage. Im Nachgang zu den Abstimmungen verständigte sich ein Teil der Delegierten, die hinter den Minderheitsanträgen standen, bis tief in die Nacht zum weiteren Vorgehen. Dies wird auch in den nächsten Tagen und Wochen für die praktischen Auswirkungen des Bundesparteitages, sowohl in der Mitgliedschaft, als auch für unsere politische Außendarstellung, erhebliche Bedeutung haben. Jenseits aller richtigen und legitimen Appelle an Geschlossenheit und Akzeptanz für gefasste Beschlüsse erscheint die Positionierung der Partei für einen Teil als so unzureichend bzw. sogar falsch, dass die Parteitagsdebatten auch öffentlich weiter geführt werden. Die Erfahrung damit, dass so tiefgreifende Entscheidungen, die auf die politische Identität einer erheblichen Zahl von Mitgliedern Auswirkungen haben, nur als Beschlussdebatte auf einem Bundesparteitag geführt werden - ohne strukturiert geplanten, begleitenden und einordnenden programmatischen Prozess, sollte der neue Vorstand beherzigen. Ein zweiter Aspekt der Parteitagsdebatten ist in der Auseinandersetzung mit dem #linkemetoo-Komplex zu benennen. Der Teil der Generaldebatte, der dafür zur Verfügung gestellt wurde, verlief weitgehend übereinstimmend mit dem Bekenntnis zu einer feministischen Partei. Schwieriger waren die an Hand von einzelnen Abstimmungen und Wahlen geführten Nebendebatten und mit dem Mittel der persönlichen Erklärung geführten Debattenverlängerungen verbunden mit unschönen und unnötigen Begleiterscheinungen. Diese zeigten sehr deutlich, dass es die Bundespartei noch nicht geschafft hat, mit der nötigen Souveränität und Selbstverständlichkeit auch komplexere innerparteiliche Problem zu lösen. Die Führungsaufgabe des neuen Parteivorstandes ist damit beschrieben.

### 4. Wer hat's entschieden?

In mehreren Debattenbeiträgen, so z.B. im Jacobin-Magazin durch Ines Schwerdtner oder in Social-Media-Beiträgen wie von Alban Werner wird die These aufgestellt, der Bundesparteitag wäre in drei große „Blöcke“ aufgeteilt gewesen. Die Namen der Blöcke differieren in verschiedenen Papieren. Gemeinsam ist jedoch die Annahme, es gäbe ein Drittel pragmatischer Reformpolitik verpflichteter Menschen, ein Drittel bewegungsorientierter und ein Drittel eher „populärer Linker“. Durch den Begriff „Blöcke“ wird die Vorstellung irgendwie organisiert handelnder Gruppierungen nahegelegt. Unserer Auffassung nach und insbesondere mit Blick auf unseren Landesverband und unsere Delegation ist diese Beschreibung unzureichend und nur in einigen Elementen richtig. Die Rolle von Zusammenschlüssen (Strömungen) ist im sächsischen Landesverband, in den Kreisen und Ortsverbänden bei weitem nicht dominant. Es gibt kluge und produktive Anträge an Landesparteitage, die dann diskutiert werden und ggf. beschlossen - aber sie bestimmen nicht die Debatten und Diskussionen, sondern sind deren legitimer und sinnvoller Bestandteil. Dementsprechend setzt sich unsere Bundesparteitagsdelegation auch nicht entlang der „Blöcke“ zusammen, sondern entlang lokaler bzw. regionaler Verankerung. Ja, es gibt selbstverständlich auch alle Positionierungen bei den sächsischen Delegierten entlang verschiedener Strömungsinhalte, jedoch deutlich differenzierter und „gemischter“, als der Begriff von den „drei großen Blöcken“ das begreifbar macht. Wir vermuten, dass dies in den anderen ostdeutschen Flächenländern ähnlich ist, auch wenn Elemente der „Verblockung“ zunehmen. Warum ist das wichtig? Aus der Annahme der „drei großen Blöcke“ heraus beschreiben z.B. Schwerdtner und Werner die Abstimmungs- und Wahlergebnisse. Es wird dann behauptet, dieser oder jener „Block“ hätte irgendwas fallen lassen, da verloren, da gewonnen. Wir sehen das jedoch anders. Weiterhin gibt es - zumindest im Osten - einen großen Teil der Delegierten, die ihre Entscheidungen nach ihren inhaltlichen, methodischen und darüber hinausgehenden Einschätzungen treffen. Diese werden durch die „dominante Blocktheorie“ unsichtbar gemacht - sie müssten dann sogar annehmen, dass irgendwelche „Blockwarte“ die Entscheidungen auf den Parteitag treffen und nicht sie. Es macht sie zu unsichtbaren Außenseiter\*innen, die nur noch da und dort mal die Hand heben, während ‚eigentlich‘ ganz woanders die Entscheidungen gefällt werden. Daher ist die These von den „drei großen Blöcken“, die alles dominieren, zumindest für unsere Delegation keine zutreffende Beschreibung: Sie macht viele Delegierte unsichtbar und gibt ihnen nichts an die Hand, womit sie vor Ort die Ergebnisse rückbinden können. Wir schlagen daher eher vor, die Entscheidungen der Delegierten als Ensemble ihrer politischen Abwägungen zu beschreiben, da diese jeder und jede Delegierte auch kennt. Wenn sie oder er blockzugehörig sind, können sie es ja auch bekennen, die meisten werden substantiell argumentieren - bei Inhalten genauso, wie beim Personal. Das wirkt sich auf die Schlussfolgerungen aus: sollen Kompromisse zwischen den Strömungen getroffen werden? Oder soll eine vernünftige, breite, offene Debatte der Vielen geführt werden, vor Ort, einbindend, zuhörend. Die „Blocktheorie“ vertieft den machtförmigen Charakter der Differenzen, macht sie damit viel weniger rationalisierbar, weniger dem klugen und konstruktiven Austausch zugänglich. Wir möchten aber eine Partei, in der wenigstens der Möglichkeit nach jede und jeder seinen Anteil beibringen kann - und nicht „geblockt“ wird. Das ist unserer Meinung nach der einzige Weg, die bevorstehenden Aufgaben zu lösen, ohne das viele sagen „dann macht doch euren Dreck alleene“.

## 5. Schluss

Wir bedanken uns bei allen Genossinnen und Genossen aus Sachsen die beim Bundesparteitag kandidiert haben. Es zeigt die Bereitschaft Verantwortung für die Bundespartei zu übernehmen. Wir möchten uns aber auch bei allen Delegierten bedanken, die zum Gelingen auf dem Parteitag beigetragen haben, insbesondere bei den Genossinnen und Genossen, die in den Arbeitsgremien mitgewirkt haben.

Was wir uns für den nächsten Bundesparteitag wünschen, ist dass wir uns mehr einbringen in die Diskussionen – auch wenn es dazu Losglück bedarf.

